

## Bundesregierung verfehlt Zubauziele für Solarstrom

Solarstrom-Markt 2013 um knapp 60 Prozent und in diesem Frühjahr nochmals um rund 45 Prozent eingebrochen / Jahresziel von 2,5 bis 3,5 GW so nicht zu erreichen

Berlin, 19. Juni 2014: Deutschland wird seine Ziele für den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen in diesem Jahr voraussichtlich nicht erreichen. Das ergibt sich aus noch unveröffentlichten Zahlen der Bundesnetzagentur. Bis Ende Mai wurden lediglich Solarstromanlagen mit etwa 818 Megawatt Leistung installiert. Damit ist der Markt im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 45 Prozent zurückgegangen. Setzt sich der Trend fort, wird die Bundesregierung ihren festgelegten Zubaukorridor für die Photovoltaik von 2,5 bis 3,5 Gigawatt in diesem Jahr erstmals verfehlen. Selbst das Minimalziel könne so nicht erzielt werden, schätzt der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar).

„Der Markt schrumpft mit der heute gültigen Gesetzeslage bereits massiv, jetzt tritt die Bundesregierung mit der ‚Sonnensteuer‘ auf selbst verbrauchten Strom zusätzlich auf die Bremse. Das passt nicht zum Land der Energiewende“, so Jörg Mayer, Geschäftsführer des BSW-Solar.

Solarstrom ist in Deutschland kein Stromkostentreiber mehr und günstiger als in den meisten übrigen Ländern der Erde. Während die Preise schlüsselfertiger Solarsysteme seit Anfang 2012 um beachtliche 25 Prozent gesenkt werden konnten, wurde die Förderung gleichzeitig um über 50 Prozent gekappt und sinkt monatlich weiter. Dadurch war die Photovoltaik-Nachfrage bereits 2013 um knapp 60 Prozent und ist jetzt nochmals um rund 45 Prozent eingebrochen (siehe Pressegrafik [www.solarwirtschaft.de/pressegrafiken.html](http://www.solarwirtschaft.de/pressegrafiken.html)).

„Mit einem so geschrumpften Heimatmarkt sind weder die Klimaziele erreichbar, noch bietet dieser ausreichende Entwicklungsperspektiven für Solarunternehmen in Deutschland“, so Mayer.

Der Strompreis für die Allgemeinheit werde durch die „Sonnensteuer“ nicht gesenkt, stellten erst jüngst Wissenschaftler im Auftrag der Bundesregierung fest (<http://bsw.li/SVCUus>). Während Betreiber von Solaranlagen künftig zur Kasse gebeten werden, soll der Eigenstromverbrauch zum Beispiel des Kohlebergbaus von den Kosten der Energiewende befreit werden.

### ZUM WEITERLESEN

Link zum Gutachten der Bundesregierung: <http://bsw.li/1i7XVZH>  
(Bitte beachten Sie im Besonderen Seite 78 und 84)

### PRESSEKONTAKT / REDAKTIONELLE RÜCKFRAGEN:

David Wedepohl, Pressesprecher  
Bundesverband Solarwirtschaft e.V.  
Friedrichstraße 78, 10117 Berlin  
[presse@bsw-solar.de](mailto:presse@bsw-solar.de)  
Telefon: 030 / 29 777 88-30  
[www.solarwirtschaft.de](http://www.solarwirtschaft.de)